

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Kreis-Büro)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 63.

Berlin, Mittwoch, 6. August 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Wissenschaftliche Betriebsführung. — Ein Arbeitersekretariat für Ost- und Westpreußen. — 54. Allgemeiner Genossenschaftstag zu Posen. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

## Wissenschaftliche Betriebsführung.

Von Erich Dombrowski-Gera.

### II.

#### Die Wirkungen des Taylor-Systems auf die Arbeiter.

Haben wir bisher das Taylor'sche System der wissenschaftlichen Betriebsführung in allen seinen Einzelheiten dargestellt, so haben wir jetzt die Wirkungen dieser neuen Arbeitsweise auf die Arbeiter zu untersuchen. Denn die Arbeiter sind es dieses Mal, deren Arbeitsmethode vervollkommen werden soll, um Hand in Hand mit einem immer weiteren Ausbau der Maschinentechnik den Produktionsprozess um das Vielfache zu erhöhen. Gehen wir auch hier von den vier Grundfragen aus, die Taylor für sein System aufgestellt hat.

Im ersten fordert er die Beseitigung der gegenwärtig heute üblichen Faustregeln-Methode. Während gegenwärtig jeder Arbeiter sich sein Handwerkszeug nach seinem Ermessen auswählt, während er sich seine Arbeitsmethode so zurecht legt, wie sie ihm am bequemsten erscheint, soll in Zukunft die Wissenschaft jedes einzelne Handwerks- und Arbeitselement in sorgfältiger Unterjudung genau zerlegen und unter Ausschaltung alles nur irgendwie Unnötigen einen einheitlichen Arbeitsplan aufstellen, nach dem der einzelne Arbeiter, Punkt für Punkt, arbeiten soll, um dadurch die Produktion so vorteilhaft wie möglich zu gestalten.

Diesem Grundgedanke liegt in der Tat ein durchaus gesunder Gedanke zu Grunde. Es muß zugegeben werden, daß der Arbeiter vor heute in der weiß wie viel Fällen durch unnütze Arbeit, durch anderweitiges Ausschleifen, durch Verspringen, aber oft auch durch ein nur mangelhaftes Handwerkszeug, durch einen häufig infolge allerhand Kleinigkeiten unterbrochenen Maschinenangriff aufgeschaltet und vorzeitig ermüdet wird. Arbeitsunlust stellt sich bald ein, wenn all die verchiedenen Stimmungen und Störungen, für die der einzelne an sich meist garnicht kann, Tag für Tag nicht aushören wollen. Eine bessere Anpassung des Arbeiters und der Maschinentechnik an die Produktion ist also auf jeden Fall zu begrüßen. Es fragt sich aber doch, ob eine allzu große Zerlegung der Arbeit des Einzelnen und ihre peinlich genaue (und beaufachtete!) Durchführung nicht dem Arbeiter noch den letzten Rest selbständigen Handelns und selbständigen Denkens nimmt, den er sich aus dem Zeitalter des Handbetriebes in die Ära der allmächtigen Maschine hinüber gerettet hat, ob er schließlich nicht selbst damit zu einem Maschinenteile wird, der nur zu reagieren hat, wie die Oberleitung es wünscht, und sonst, ohne auch nur einen Augenblick aufzusehen, Minutte um Minutte drauf los schaffen muß, um bloß das einmal festgelegte und vorgegebene Quantum pro Stunde und darüber hinaus pro Tag zu liefern. Denn wie man bei einer Maschine genau die Tourenzahl usw. bestimmen kann und damit auch ihre Produktionsleistung, so soll künftig auch die „Tourenzahl“ des Arbeiters ausgerechnet und genau, einen Tag um den anderen, von der Betriebsleitung angeordnet werden. Das aber bedeutet die völlige Ausschaltung der Individualität des Arbeiters aus dem Produktionsprozeß.

Wichtiger aber noch als der erste ist der zweite Grundgedanke für die Arbeiter, die Vorschläge Taylors für die Auswahl der pallendsten Leute. Das Geiz der Auslese und Anpassung, das der englische Naturwissenschaftler Darwin in der Entwicklung der gesamten Lebewelt entdeckt hat, soll hier wissenschaftlich auf das Arbeiter-Material angewendet werden. Nachdem jede Arbeit, wie wir sahen, in ihre einfachsten Bestandteile zerlegt und auf das Mindestmaß des Notwendigsten zurückgeführt worden ist, muß das geeignetste Rechenmaterial für jede einzelne ausgepickt werden. Und auch hier soll das Prinzip gelten, wer sie am vorteilhaftesten, d. h. andauernd schnellsten und quantitativ und qualitativ besser herstellt, der soll vor diese Arbeit gestellt werden, vor keine andere und soll dann ständig bei ihr bleiben. Wir wissen aber aus der Darstellung des ganzen Systems, daß die Höchstleistung sich schon nach einer Reihe praktischer Versuche an den Arbeitern sich genau ermitteln und bestimmen läßt. Diese praktisch-wissenschaftlich so gefundene Arbeitsleistung soll dann die feststehende Norm sein. Wer sie nicht von den Arbeitern durchzuführen vermag, wird anderswohin abgehoben und, wenn sich in der Fabrik gar kein Platz für ihn findet, muß er sich irgendwo draußen sein Brot von neuem suchen gehen. Alle Spezialkenntnisse seiner Branche nützen ihm nun nichts mehr, wenn er in diesem Zweige die wissenschaftlich festgelegte Höchstleistung nicht zu erreichen vermag. Da aber der Haupteffekt der Höchstleistung in der viel größeren Intensität der Arbeit gegen heute liegt, so geht daraus ganz von selbst hervor, daß dieses Los alle diejenigen treffen wird, die über ihre allerbesten körperlichen Kräfte schon hinaus sind. Das sind die älteren Leute, die ungefähr das 40. Lebensjahr überschritten haben. Wenn Taylor aber kurzerhand erklärt, daß sie eben zu einer anderen, ihnen gelegeneren Arbeit übergeben sollen, dann widerspricht er sich. Denn auch dort — wie überall — soll doch die Höchstleistung ausschlag- und richtunggebend sein. Und mit der noch völlig unüberbrachten Jugend, die das Arbeitsmaß und Tempo angibt, würden diese Leute eben auch da nicht konkurrieren können. Was dann aber? Dieser innere Widerspruch des Systems ist auch dem englischen Ingenieur Frazer aufgefallen, der im Auftrag der Regierung nach Philadelphia ging, um die Taylor'sche Methode aus eigener Anschauung zu studieren. Es war ihm dabei aufgefallen, daß die Arbeiter sämtlich junge, kräftige Leute waren, und er fragte seinen Führer: „Ich sehe aber nicht ihre alten Arbeiter?“ Der Amerikaner zögerte etwas mit der Antwort. Als aber Frazer seine Frage wiederholte, bot er ihm seine Zigaretten und sagte gleichmütig: „Strecken wir uns eine Zigarre an, denn der Weg ist lang. Wir müssen ihnen am Friedhof einen Besuch abstatten.“

Die wissenschaftlichen Studien über die Auslese der Arbeiter sind aber praktisch noch nicht zu Ende geführt. Erst wenn die Erfahrungen von ein, zwei Lebensaltern vorliegen, wenn man die Wirkungen der viel intensiveren Arbeit nach dem Taylor-System auf den Kräfteverbrauch, körperlich und geistig, wenn man die Sterbeziffern der in der neuen Methode verbrauchten Arbeiter in ihrem Verhältnis zu den allgemeinen Sterbeziffern festgelegt hat, lassen sich sichere Schlüsse ziehen. Vorläufig will es scheinen, als ob dieses System einen gewaltigen Aufbau an der Volkskraft bedeutet. Denn man denke: die älteren Arbeiter können den wilden Konkurrenzkampf mit den Jungen in der Schnell-

zeit und in der Größe der Arbeitsleistung nicht mitmachen. Sie werden abgehoben. Infolge der größeren Produktionsleistung verringert sich ja das Personal sowie so um das Drei- bis Vierfache, wenn nicht fortwährend Betriebserweiterungen vorgenommen werden. Auf der anderen Seite verbrauchen aber die jüngeren Arbeiter nach dem neuen System ihre Kräfte so rasch, daß sie früher noch als die heutigen mittleren und älteren Jahrgänge den Wettkampf um die Höchstleistung nicht mehr mitmachen können. So sind auch sie, die zuerst im Vorteil schienen, zuletzt nur die um ihre Kraft und ihre Arbeitsmöglichkeit Betrogenen.

Freilich leat Taylor immer wieder darauf Wert, festzustellen, daß jede Ermüdung im Arbeitsprozeß vermieden werden soll, daß sofort bei beginnender Ueberanstrengung Ruhepausen ein-treten sollen. Gut! Aber der Arbeitsprozeß wird nach seinen eigenen Beispielen so ungeheuer intensiv werden, daß die rein mechanisch arbeitenden Stangelortierinnen, von denen er sprach, schon nach ein-bis anderthalb Stunden nervös werden und ge-twittern nicht mehr weiter können. Man braucht kein Physiologe oder Arzt zu sein, um zu erkennen, daß eine fortwährend auf diese gewaltig-geforcierte Weise durchgeführte Arbeitsmethode — höchste Anspannung — vollständige Ruhepause — wieder höchste Anspannung und so fort, also ein fortwährendes Bewegen zwischen zwei Extremen — nie und nimmer dem Körper und Geist auf die Dauer zuträglich sein kann. Und wenn Taylor in heftigen Worten das Sich-Draußen der Arbeiter, das öftere Verlangsamten der Arbeit im heutigen Betriebe geißelt, so überfließt er — von auffallenden Aus-nahmen abgesehen, Faustpöse gibt es in jedem Beruf — daß dieser Vorgang nur eine ganz natür-liche, fast möchte man sagen: unbedachte Kraftregulierung des einzelnen während einer täglichen neun-bis zehnstündigen Arbeitszeit ist. Nach dem neuen System aber käme noch das seelische Moment hinzu, daß der Arbeiter, auch wenn er nach Hause kommt und in einer längeren Ruhezeit als heute der Erholung leben kann, niemals das beängstigende Gefühl los wird: Bist du morgen noch die von der Betriebsleitung genau festgelegte Höchstleistung vollbringen können? Jeder Genuß wird ihm da-durch vergällt, von Passionen, wie Biertrinken, Tabakrauchen u. a., die den Körper leicht schwächen, garnicht zu reden. Arthur Soliticher illustriert das sehr anschaulich in seinen Reize-Erlebnissen: „Amerika heute und morgen“. Eine Folge dieser Kraftausnutzung ist die Reduzierung der Alters-grenze. In New York hat man mit einem Arbeiter ge-zeigt, der sich die Haare färbte. Daß sich Arbeiter, ehe sie in ihren Job gehen, die Schläfen mit Schuh-wische schmieren, gehört zu den alltäglichen Beob-achtungen. Welche legen Rot auf. Andere geben zehn Dollars im Monat für „drugs“ aus, das heißt für Arsenpräparate, die die Herzstätigkeit während der Arbeitsstunden künstlich stimulieren.“

Wenn schon eine tägliche Leistung der Arbeit wissenschaftlich festgelegt werden soll, um durch ein jedem Arbeiter zugeteiltes Pensum die Produktion vorteilhafter noch als heute zu gestalten, dann kann es sich nach dem Vorangegangenen nicht um eine Höchstleistung handeln, die zum Raubbau an der Volkskraft, zur Verelendung aller älteren Arbeiter führt, sondern um eine Durchschnittsleistung. Das Prinzip der Auslese und An-passung der Arbeiter kann ebenso auch da gewahrt werden, es führt aber für den Arbeiter zu ganz andern, günstigeren Konsequenzen. Und selbst wenn die Produktionsleistung dadurch auch nicht gleich um 400, sondern nur um 250 bis 300 Prozent erhöht wird, dann ist das auch vollaus genug. Wir produ-

zieren die Waren ja nicht bloß, um an der Warenproduktion unsere Freude zu haben, sondern um menschliche Bedürfnisse zu decken. Vor diesen Bedürfnissen aber steht der Mensch selbst. Große Volksteile systematisch vernichten, um die menschlichen Bedürfnisse billiger herzustellen, hieße im höchsten Grade antijozial und antinational handeln, hieße ein Verbrechen an Volksgörtern begehen.

Der dritte Grundsatz Taylors setzt ein herzliches Einbernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Durchführung seines Systems voraus. Das ist heute, wo die Gegensätze meist noch überaus ausgeprägt sind, leichter gesagt denn getan. In Amerika liegen die Verhältnisse wesentlich anders als in Deutschland. Dort macht die ungeheure Ausdehnung des Landes und der fortwährende Zustrom fremder, ausländischer Arbeiter eine umfassende, straffe Organisation der Arbeitnehmer vorderhand noch unmöglich. In Deutschland sind die Arbeiter heute aber stark organisiert. Sie werden nicht so ohne weiteres in dieser oder jener Fabrik zu dem neuen System übergeben. Und das ist gut so. Denn selbst wenn das Taylor-System wirklich ernstlich auch in Deutschland verübt werden sollte, werden die Arbeiter-Organisationen es sein müssen, die das Brauchbare dieser Methode herauszufinden und all die schweren Schädigungen, die von ihm ausgehen, ablenken können. Das Prämien-system, ein etwa 65- bis 70prozentiger Lohnzuschlag, die Verkürzung der Arbeitszeit, häufigere Ruhepausen — alles das hört sich ja sehr schön an. Aber wir haben bereits, daß das letzte Ende auf Kosten eines rascheren Kräfteverbrauchs des Arbeiters geht. Wenn also die Arbeitererschaft irgendwo der Sache näher tritt, dann muß sie sich gewisse Garantien sichern, um nicht unter den Schlitzen zu geraten. Sie wird auf eine bestimmte Mitarbeit an der Feststellung der Durchschnittsleistung dringen und wird auch die Lohnzuschläge in ein gerechteres Verhältnis zu dem größeren Gewinn des Arbeitgebers bringen müssen. Das ist durchaus kein unbilliges Verlangen. Wenn auch die Fabrikleitung allein die Kosten für die Einführung der wissenschaftlichen Betriebsführung mit ihren zeitraubenden und keineswegs billigen Vorarbeiten bestreitet, so möchte auf alle Fälle auch das Risiko des Arbeiters nach der Einführung der neuen — gemilderten — Methode. Denn auch die Zeit kommt einmal, wo er nicht mehr die genau festgelegte Durchschnittsleistung vollbringt. Dann muß er sich nach einer anderen passenden Stellung umsehen. Wenn er wirklich noch eine bekommt, wird sie im Verhältnis zu seinen geringeren Kräften, sicherlich auch geringer bezahlt sein. Auf der Höhe seiner Schaffenskraft muß er also die Möglichkeit haben, durch höhere Lohnzuschläge etwas fürs Alter zurückzulegen.

Endlich noch der vierte Grundsatz: Die gleichmäßige Verteilung von Arbeit und Verantwortung auf die Leitung und die Arbeiter. Er ist im großen und ganzen nur die konsequente Anwendung der vorhergehenden Prinzipien. Nur auf Zweierlei sei verwiesen: der Unterricht und die Aufsicht. Dr. Steiniger schreibt in einer kurzen Würdigung des Taylor-Systems (Industriebeamten-Zeitung Nr. 25 vom 20. Juni 1913), daß die zwangsläufige Unterweisung (der Arbeiter nach der neuen Methode) in Unterrichts-kurse gehöre, die dem Eintritt in den Betrieb vorausgehen müßten. Nur dort werde sie ertragen, ohne als Schlag wegen der persönlichen Freiheit empfunden zu werden. Dort könne auch am schmerzlosesten die wünschenswerteste Auslese der Geeigneten erfolgen. Der Vorschlag hat etwas für sich. Der Zwang oder besser der unaufhörliche Druck tritt aber viel stärker noch in dem umfangreichen Aufsichtssystem zutage. Wenn die Arbeiter Tag für Tag nach einem bestimmten Penum arbeiten sollen, der die Arbeitszeit-Einteilung und die Arbeitsausführung quantitativ und qualitativ bis in die kleinsten Teile festlegt, und dazu noch ein Duzend Aufsicht tritt, die, alle Spezialisten, die peinlich genaue Durchführung des Penums beaufsichtigen und alle Augenblicke, belehrend und helfend, eingreifen, dann wird die Arbeit dem einzelnen bald noch freudloser erscheinen, als sie heute ohnehin schon ist. Dann wird der letzte Rest der Tätigkeitsfreude verschwinden; die Arbeiter werden aus Menschen Automaten, die umso besser funktionieren, je mehr jedes eigene Denken ausgeschaltet ist. Nach den Ergebnissen der praktischen Versuche Taylors werden in allererster Reihe denn auch die geistig wenig regsamten Arbeiter für diese automatische Arbeitsleistung in Betracht kommen. Das ist geradezu eine Prämie auf die geringere Bildung und geistige Weisheit eines Arbeiters.

So erscheint das Taylor-System dem Arbeiter keineswegs als das Ideal einer Betriebsführung. Es wird sich daher wenigstens für Deutschland, noch ganz erhebliche Einschränkungen gefallen lassen müssen, wenn wir es als einen allgemeinen Kulturfortschritt begrüßen sollen. Eine Betrachtung des Systems im Rahmen der Gesamtkultur unseres Volkes wird diese Unterjochung denn auch abschließen.

### Ein Arbeitersekretariat für Ost- und Westpreußen

bildest den Gegenstand einer Zuschrift, die uns in diesen Tagen aus Ostpreußen zugegangen ist. Mit Bedauern wird darin bemerkt, daß die bisherigen Bemühungen, ein Arbeitersekretariat der Deutschen Gewerksvereine für die beiden östlichen Provinzen zu errichten, vergeblich geblieben sind, weil die Kollegen selbst zu wenig Interesse und Opfermut zeigen. Zwar die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung wird allgemein anerkannt, und auch der Wunsch, ein Arbeitersekretariat ins Leben zu rufen, ist überall vorhanden. Wenn es aber gilt, den Plan zu verwirklichen, dann hört man nichts mehr davon.

Dabei tut uns ein Arbeitersekretariat viel mehr not, als den übrigen Landesteilen. Ist doch in Ost- und Westpreußen noch ein überaus großes und reiches Agitationsfeld vorhanden. Nur ein kleiner Teil der Arbeiter ist organisiert. Die Mehrzahl steht der Organisation noch fern und kann für die Gewerksvereine gewonnen werden. Aber auch für die organisierten Arbeiter selbst ist eine Zentralfstelle dringend notwendig. Es muß ein Mann vorhanden sein, der es versteht, den Kollegen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, der ihnen bei sozialen Wahlen ein Führer ist, der die Interessen der Deutschen Gewerksvereine in der Öffentlichkeit wahrnimmt und dadurch das Ansehen und die Stellung unserer Organisation hebt. Wie gesagt, das wünschen viele Kollegen und sie sind auch bereit, dafür Opfer zu bringen. Aber die große Menge ist doch noch indifferent. Deshalb ist es notwendig, daß in den Ortsverbänden und Ortsvereinen Ost- und Westpreußens die Angelegenheit noch einmal gründlich besprochen wird. Ein fähiger Kollege wird doch überall vorhanden sein, der den Gleichgültigen einmal vor Augen führt, wie notwendig für uns die Errichtung eines Arbeitersekretariats ist.

Mit Recht hat der Verbandstag beschlossen, daß überall dort, wo die Kollegen selbst durch die Tat den Willen bekunden, ein Arbeitersekretariat zu schaffen, ein einmaliger Zuschuß gewährt werden soll, damit die ersten Anschaffungen gemacht werden können. Die Unterhaltung des Sekretariats aber soll Aufgabe der beteiligten Ortsvereine und Ortsverbände sein, die entweder aus Lokalfassen oder von den Mitgliedern selbst durch einen kleinen Extrabeitrag die Kosten aufbringen müssen. Wir rechnen mit einem Etat von rund 3300 Mk. Der Zahl entsprechend kämen da etwa auf jedes Mitglied pro Monat 10 Pfg. Wir geben ohne weiteres zu, daß bei den teuren Lebensbedingungen und den geringen Verdiensten gerade im Osten unseres Vaterlandes auch 10 Pfg. eine Rolle spielen. Aber wenn jemand sagt, diese kleine freiwillige Steuer könne nicht aufgebracht werden, so ist dies eine Uebertreibung. Die 10 Pfg. für ein Sekretariat im ganzen Monat kann jeder zahlen, ganz abgesehen davon, daß sich das Geld sehr gut rentiert. Jeder Mensch braucht einmal eine Auskunft oder einen Rat, die ihm vom Arbeitersekretariat zuverlässig und gern erteilt wird. Also wie gesagt, zu hoch ist das Opfer nicht; wenn die Mitglieder wollen, kann es sehr gut gebracht werden. In den anderen Organisationen müssen die Arbeiter ungefähr höhere Beiträge bezahlen als bei uns; dabei verdienen sie ebenfalls nicht mehr als unsere Kollegen. Warum geht denn das? Weshalb soll denn da bei uns es nicht möglich sein, alle Monat 10 Pfg. extra für ein Arbeitersekretariat zu opfern?

Das muß in den nächsten Vereins-sitzungen den Mitgliedern einmal vor Augen geführt werden. Es muß sich jemand finden, der sie aus ihrer Gleichgültigkeit aufrüttelt und ihnen dräutlich die Bedeutung eines Arbeitersekretariats für die Weiterentwicklung unserer Organisation vor Augen führt. Der Ortsverband Königsberg i. Pr. ist es gewesen, der vor kurzem ein Rundschreiben an die ost- und westpreussischen Ortsverbände und -vereine geschickt hat. Leider sind die beigefügten Fragebogen nicht in genügender Zahl beantwortet worden. Das ist eine Nachlässigkeit, die nicht genug gerügt werden kann. Wenn schon in einem Ortsverbande der gute Wille vorhanden ist, die notwendigen Vorarbeiten zu leisten, dann haben die anderen

wenigstens die Verpflichtung, diese gute Absicht zu unterstützen. Es muß also noch einmal der Versuch gemacht werden, die in den beiden Provinzen vorhandenen Ortsverbände für ein Arbeitersekretariat zu interessieren. Jeder Verein muß die Verpflichtung übernehmen, das kleine Opfer zu bringen. Wenn behauptet wird, das sei nicht möglich, so ist dies eine leere Ausrede, für die kein Beweis erbracht werden kann. Liegt dann erst die Zustimmung der einzelnen Vereine vor, ist die Möglichkeit, das Arbeitersekretariat zu gründen und dauernd zu halten, vorhanden, dann wird auch die Leitung des Verbandes sicherlich nicht zurückstehen und uns nicht nur den Zuschuß von 300 Mk. gewähren, sondern auch mit ihrem Rat nicht zurückhalten. Der geeignete Mann wird sich schon finden; das ist die geringste Sorge.

Mögen diese wohlgemeinten und durchaus zutreffenden Bemerkungen ihre Wirkung auf die Gewerksvereinskollegen in Ost- und Westpreußen nicht verfehlen. Was da gesagt ist, kann Wort für Wort untergeschrieben werden. Die Gewerksvereine dürfen sich von anderen Organisationen an Opfermut nicht übertreffen lassen, und die Ost- und Westpreußen, deren Opferfreudigkeit schon so oft in hellem Lichte erstrahlt ist, werden sich auch in dieser Beziehung nicht in den Hintergrund drängen lassen. Also frisch ans Werk, dann wird es schon gelingen!

### 54. Allgemeiner Genossenschaftstag zu Posen.

Vom 20. bis 22. August d. J. hält der Allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Schulze-Delitzscher Organisation) — Sitz Charlottenburg — seine 54. Tagung in Posen ab.

Im Vordergrund steht, wie alljährlich, der Bericht des Anwalts, der sich mit den wichtigsten Vorgängen auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens beschäftigt. Besonders Interesse dürfte das Thema: *Revisionsrevision* erwecken — wobei der Genossenschaftstag erklären wird, daß eine Verschärfung der Revision und Einführung von Zwangsmahregeln in die Organisation nicht die Erfüllung der Aufgaben der Revision sichert; es liegt auch hierzu nach der Lage des Genossenschaftswesens keine Veranlassung vor. Ein Referat wird die Schulze-Delitzschen Genossenschaften und die Landwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Osten behandeln. Die Mitgliedschaft der Genossenschaft bei der Genossenschaft lautet ein Thema, das gerade infolge der letzten Vorgänge im Westen Deutschlands besondere Bedeutung hat. Weiter werden den Genossenschaftstag Anträge beschäftigen, welche Veränderungen der Gesetzgebung betr. den Geschäftsverkehr mit Geisteskranken wünschen.

Der Genossenschaftstag wird zur Aenderungen der Gesetzgebung im Interesse des Hypothekemarkts Stellung nehmen. Weitere Referate werden die Kreditverhältnisse der Schiffer sowie den Effektenverkehr der Kreditgenossenschaften behandeln. Wiederholt sieht sich der Genossenschaftstag veranlaßt, die den Kreditgenossenschaften beim Kautionskreditgeschäft durch die Behörden bereiteten Schwierigkeiten zur Sprache zu bringen. Die Bekämpfung der Vorkriegswirtschaft wird auf neue den Kreditgenossenschaften als eine genossenschaftliche Pflicht den Handwerkern und Kleinhandeltreibenden gegenüber nahegelegt werden. Für die Konsumvereine stehen Bilanzfragen, und die Wichtigkeit der ordnungsgemäßen Warenkalkulation zur Verhandlung; auch die sich immer weiter ausdehnende Bezirkskonsumvereinsbewegung bildet Gegenstand der Beratung — ebenso wie die Stellung des Konsumvereins im Genossenschaftswesen. Für Baugenossenschaften kommt das überaus wichtige Thema der Reparaturkosten zur Verhandlung — ein anderer Gegenstand wird sich mit der gleichfalls bedeutamen Frage der für die Baugenossenschaft zweckmäßig zu wählenden Rechtsform beschäftigen — weiter bringt ein Referat die Erfolge städtischer und ländlicher Baugenossenschaften im Osten zur Sprache.

Auch für die Handwerker-genossenschaften sind besondere Beratungen vorgesehen.



# Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 5. August 1913.

**Bergfiskus und Kohlenpreise.** Durch verschiedene Tageszeitungen geht eine Notiz, daß der preussische Bergfiskus in diesem Jahre die in jedem Herbst vorgenommene Verteuerung der Kohlen der privaten Betreuer nicht mitmachen will. Die oberste Kohlenkonvention, so heißt es, beabsichtigt am 1. September, ihre Kohlenpreise um 50 bis 60 Pfg. zu erhöhen. Demgegenüber hatte der Fiskus erklärt, von einem Winterauffschlag abzugehen. Freilich will die „Breslauer Zeitung“ erfahren haben, daß der Fiskus gleichzeitig auch keine Aufträge von Hausbrandkohle mehr annehmen kann, weil er so stark belastet sei. Das rechtfertigt das Festhalten an den bisherigen Preisen, an die er durch die alten Aufträge gebunden sei.

Mag sein, daß dies der Grund ist. Jedenfalls zeigt auch dieser Vorgang, daß das Fernbleiben des Fiskus von Syndikaten und Konventionen kein Gutes hat. Die Privatindustrie kann doch nicht mit den Verbrauchern so umspringen, wie sie will, solange sie mit dem Fiskus als Konkurrenten zu rechnen hat.

**Ein Urteil über Professor Brentano.** Der von den Schatzmachern beiseitegeschobene „Kathederjournalist“ ist der Mündener Sozialpolitiker Lujo Brentano. Das hat man nicht alles schon verurteilt, um diesem Mann aus seinem Lehramt an der Münchener Universität zu verdrängen! Nicht allein die wissenschaftliche Befähigung hat man ihm abgebrochen, sondern auch vor persönlichen Berührungspunkten ist man nicht zurückgeschreckt. Wie Professor Brentano aber von seinen Berufskollegen eingeschätzt wird, das zeigen folgende Ausführungen des bekannten Zeitgenossen von Schmoller-Berlin in dem von ihm herausgegebenen „Jahrbuch“:

„Ich habe mit Brentano seit 1884 gemeinsam sozialpolitische Ideale verfolgt, und wir waren oft sehr verschiedener Meinung, wir sind die denkbar verschiedensten Charaktere; wir haben auch mancherlei Heine Bestimmungen erlebt, aber wir sind bei aller Abweichung im einzelnen im Grunde doch immer gute Freunde geblieben. Wir haben uns immer wieder in den entscheidenden sozialpolitischen Reformgedanken zusammengefunden, wenn ich auch mehr in den Traditionen des deutschen monarchischen Beamtenstaates bleiben wollte, Brentano mehr in die Bahnen westeuropäisch-demokratischer Ideale einmündete. Ich habe immer Brentano für einen Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle gehalten; er ist einer der großen deutschen volkswirtschaftlichen Gelehrten, welche die Führung der nationalökonomischen Wissenschaft von England und Frankreich in den letzten fünfzig Jahren an Deutschland gebracht haben. Wenn einige unerhebliche Journalisten und hierzu beauftragte Beamte von Unternehmerverbänden ihn angreifen, so will das nicht viel bezeugen; irgendwelche Gelehrte oder Personen von Ansehen haben sich diesem Angriff nie angeschlossen. Und was sind zuletzt die von ihm nicht als unehrliche Bezeichnungen: daß er den Arbeitern sympatischer gegenüber sei als den Unternehmern, daß er letzteren einige unangenehme Wahrheiten gesagt habe? Was liegt in der Natur solcher großer Prinzipienkämpfe viel mehr als in persönlicher tadelswerter Einseitigkeit? Wo Holz gespalten wird, da gibt es eben Späne.“

Zum Schluß sagt Professor Schmoller von seinem Kollegen: „Er ist ein treuer Kamerad, ein edler, vornehmer Charakter; die Art, wie man ihn jetzt verleumdet und verdammt hat, haben weite Kreise mit Entrüstung empfunden.“

So urteilt ein Kollege, der ausdrücklich erklärt, daß er in vielen sozialpolitischen Fragen einen andern Standpunkt vertritt als Brentano. Das wird dessen Widersacher freilich nicht hindern, nach wie vor gegen ihn vom Leder zu ziehen.

**Die Beschäftigung weiblicher Personen hat im Eisenbahndienst in den letzten Jahren erheblich zugenommen.** Man ist mit der Anstellung soweit gegangen, daß auch vielfach schwächere weibliche Arbeitskräfte angenommen wurden, die sich den Anforderungen nicht gewachsen zeigen. Infolgedessen hat sich der Minister der öffentlichen Arbeiten veranlaßt gesehen, in einem Erlaß darauf hinzuweisen, daß bei der Annahme weiblicher Arbeitskräfte nur gesunde und durchaus kräftige Personen zu berücksichtigen sind, die den gestellten Anforderungen in vollem Umfang genügen. Blutarme, bleichsichtige oder nervös veranlagte Bewerberinnen, sowie solche mit höchstschädlichem Körperbau sollen grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Im übrigen lassen die eingegangenen Berichte erkennen, daß sich die Beschäftigung weiblicher Personen mit einfachen zeichnerischen Arbeiten gut bewährt, jedoch in mehreren Direktionsbezirken sogar eine Erhöhung der Zahl dieser Arbeitskräfte in Aussicht genommen ist. Bei einer Eisenbahndirektion sind sie auch im Betriebsbureau mit gutem Erfolge beschäftigt worden. Deshalb empfiehlt der Eisenbahnminister im Hinblick auf die gesammelten günstigen Erfahrungen, auf eine weitere Heranziehung weiblicher Personen zum Zeichnerdienst auch im Betriebsbureau Bedacht zu nehmen.

Wir haben ganz gewiß nichts gegen die Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte einzumenden. Der oben erwähnte Erlaß des Eisenbahnministers läßt aber doch erkennen, daß man, jedenfalls mit Rücksicht auf die Willigkeit, das weibliche Element in einer Weise herangezogen hat, die entschiedene Verurteilung verdient. In gesunden Arbeitskräften ist doch gewiß kein Mangel vorhanden. Bedinglich mit Rücksicht auf die billige Entlohnung weiblicher Personen anzustellen, ist ein Standpunkt, der unter allen Umständen befähigt werden muß.

**Arbeiterbewegung.** Der Kampf in den Werkstätten nimmt, ohne daß irgend eine Veränderung eingetreten ist, seinen Fortgang. — Auf den „Brennaborwerken“ in Brandenburg a. S. sind sämtliche Arbeiter, etwa 2000 an der Zahl, ausgebeert worden. Der Grund liegt darin, daß der Tarif abgelehnt ist und die Arbeiter einen neuen Entwurf eingereicht haben. Die Fabrikanten aber haben sämtliche Vorschläge der Arbeiter abgelehnt und eine neue Vorlage gemacht, die aber von diesen nicht akzeptiert werden konnte. Darauf erfolgte am Sonnabend die Aussperrung. In Frage kommen Metallarbeiter, Holzarbeiter, Sattler, Maler und Lackierer. — Zu einer Einigung ist es in letzter Stunde noch in der Eisenbahnbranche zu Gana gekommen. Nachdem vor 14 Tagen den Arbeitern gekündigt worden ist, wurden neue Verhandlungen eingeleitet, die zu einer Verständigung führten, so daß am Montag die Arbeit wieder aufgenommen wurde. — Die Aussperrung der Textilarbeiter in Bocholt ist beendet. Die Arbeiter haben die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse angenommen. Dieser Ausgang bedeutet eine schwere Niederlage des christlichen Textilarbeiterverbandes.

Der Generalstreik im südafrikanischen Goldminengebiet wird vermieden. Eine Konferenz der Delegierten der Arbeiter hat zwar entschieden gegen die Haltung der Regierung protestiert, aber beschlossen, von der Proklamierung des Generalstreiks Abstand zu nehmen. — In Mailand ist ein allgemeiner Streik der Metallarbeiter ausgebrochen, um die Lage der in den Fabriken für Eisenmaterial beschäftigten Arbeiter zu verbessern. Etwa 35 000 Arbeiter sollen an der Bewegung beteiligt sein. — In Lodz (Polen) haben rund 20 000 Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen 10—30prozentige Lohnerhöhungen gewährt worden sind. Trotzdem befinden sich noch nahezu 40 000 Arbeiter im Auslande. — Der Streik der Textilarbeiter in der spanischen Provinz Catalonien nimmt noch immer an Ausdehnung zu. Man spricht von annähernd 40 000 Streikenden. Die Regierung hat sich bereits mit der Bewegung, die sie für eine politische aufkauft, beschäftigt. Die Ausständigen selbst haben in einer Kundgebung ausdrücklich betont, daß der Kampf einen rein wirtschaftlichen Charakter trägt.

**Polizeigeist.** Der Deutsche Metallarbeiterverband hat, wie bereits mitgeteilt, am 8. und 9. August eine außerordentliche Generalversammlung nach Berlin einberufen, um über die durch die Lohnbewegung auf den Sechsstundenwerken geschaffene Situation zu beraten. Die „Metallarbeiter-Ztg.“ veröffentlicht nun in ihrer letzten Nummer eine Art Wahlreglement, das zum Schluß folgende beiden Absätze enthält:

„Ganz besonders weisen wir darauf hin, daß jede Beeinflussung eines Wählers zugunsten dieses oder jenes Kandidaten im Wahllokal oder in der Nähe desselben zu unterlassen ist. Wenn sie dennoch vorkommt und dem Wahlvorstand gebuldet oder trotz seines Einschreitens fortgesetzt wird, so hat das die Nullifizierungserklärung des Wahlergebnisses des betreffenden Wahlbezirks zur Folge. Ebenso unzulässig wie die im vorhergehenden Abschnitt aufgeführte persönliche Beeinflussung ist eine solche durch schriftliche oder gedruckte Anpreisungen. Als Wahlbeeinflussung gelten nicht nur Briefe, Rundschreiben, Flugblätter und sonstige Anpreisungen zugunsten Vorgesetzter, sondern auch die von den Ortsverwaltungen an die Mitglieder oder an die Vertrauensleute herausgegebenen Bekanntmachungen, die die vermeintlichen Vorzüge eines Vorschlags gegen-

über einem anderen hervorheben, oder die die Liste der Vorgesetzten nur unvollständig wiedergeben. Ebenso ist es unzulässig, in zusammengelegten Wahlabteilungen die Namen des eigenen Vorschlags der betreffenden Verwaltungsstelle besonders hervorzuheben oder für sich in anderer Weise als durch einen genöthigen Versammlungsbericht bekanntzugeben. Unter unzulässiger Wahlagitatorien fällt auch eine etwa in Versammlungsberichten in der Presse durch Sperr- oder Fettdruck bewirkte Hervorhebung bestimmter Kandidaten, wie auch das Zurücklassen vorher präparierter Kandidatenlisten in Fabriken und Werkstätten. Die Mitglieder werden dringend ersucht, allen solchen Quereingriffen mit Entschiedenheit entgegenzutreten und etwaige Verstöße sofort der Verwaltung zu melden.“

Wir wollen uns jedes Kommentars dazu enthalten, denn diese Ausführungen sprechen für sich selber. So sollte einmal eine Behörde die Wahl ausschreiben!

**Wozu gelbe Organisationen gegründet werden.** Die vor einigen Monaten erfolgte Verschmelzung der beiden großen Arbeitgeberzentralen zur „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ hat auch der „Metallindustrie“, Zeitschrift der Interessen der Metallwarenbranche, Veranlassung zu einigen Betrachtungen gegeben. Es werden darin die Gründe angeführt, die zu der Verschmelzung geführt haben. Auch die Mittel, die von den Unternehmern bisher zur Bekämpfung der Arbeiterorganisationen angewandt sind, werden aufgezählt. Bezeichnenderweise heißt es da u. a.: „Gelbe Wert- und vaterländische Arbeitervereine wurden geschaffen, um die Arbeitnehmer durch allerlei Benefizien und Flechtigkeiten gewerkschaftlichen Gedankengängen zu entfremden.“

Ganz richtig, um die Arbeiter einzulullen, dazu gründet man gelbe Organisationen, gleichviel welchen Namen sie führen. Glücklicherweise ist nur ein kleiner Teil der deutschen Arbeiter so töricht, daß er auf den Keim geht. Die übrigen werden durch unermüdliche Aufklärungsarbeit dafür sorgen, daß auch diejenigen, die sich den Gelben angeschlossen haben, erkennen, daß sie sich auf einem gefährlichen Abwege befinden.

**Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.** Die Krankenkasse ist verpflichtet, auch dann die Kosten der Heilbehandlung für Familienmitglieder zu tragen, wenn diese nicht ihren Wohnsitz innerhalb des Kostenbezirks haben, sofern laut Satzung Familienbehandlung gewährt wird. So hat kürzlich das königl. Landgericht in Düsseldorf entschieden. Es handelte sich dabei um folgenden Fall:

Ein Arbeiter verlangte von seiner Betriebskrankenkasse die Erstattung der Kosten, die ihm durch die Erkrankung seiner Ehefrau, die nicht am Beschäftigungsort wohnte, entstanden waren. Er wurde jedoch von der Kasse mit seiner Forderung abgewiesen, wandte sich darauf an die Aufsichtsbehörde und erreichte, daß diese der Kasse die Anweisung gab, die Kosten zu erstatten. Gegen diesen Beschluß der Aufsichtsbehörde wurde wiederum von der Kasse richterliche Entscheidung beantragt. Aber sowohl das Amtsgericht wie das Landgericht in Düsseldorf wiesen die Klage ab. In dem Landgerichtsurteil wurde ausgeführt:

„Was die Ausführungen über die Versicherung der Familienangehörigen als Zwangsversicherung anbelangt, so ist entscheidend, daß das Statut die Unterstützung erkrankter Familienangehöriger allgemein gewährt und es nicht von einem Antrage abhängig macht. Damit ist aber ausgeschlossen, daß die Klägerin es will, Ort und Erfüllungsort der Leistungen anders bestimmt werden könnte, als dies nach dem Gesetz bezüglich der entsprechenden Leistungen der Fall ist, die denen zustehen, die zwangsweise der Versicherung unterliegen. Es würde dies der Gleichberechtigung, auf die alle Mitglieder bei gleichen Beiträgen Anspruch haben, widersprechen und daher unzulässig sein, wenn die Gewährung der Familienunterstützung an dergleichen Bedingungen und Beschränkungen, die nur einzelne treffen, geknüpft würde. Es ist es in der Bestimmung für unzulässig erachtet worden, zu bestimmen, daß die ärztliche Behandlungen der Angehörigen selbst in dringenden Fällen nur durch Kostenträger erfolgen dürfte. Daraus kann aus der Tatsache, daß die Leistungen für die Ehefrau des Beklagten verlangt werden, die nicht selbst auf Grund der Beschäftigung bei der Klägerin versichert war, nichts hergeleitet werden, was ihr eine Ausnahmestellung gegenüber den übrigen Versicherten verschafft. Die Bestimmung des § 6, Ziffer 1 der Krankenversicherung scheidet nicht entgegen, weil die Klägerin wußte, daß der Beklagte an einem Orte außerhalb des Kostenbezirks wohnte. Solange die Gefährdung des Beklagten nicht entlich, blieb er auf Grund des Statuts der Krankenkasse Mitglied derselben, einerlei ob er in deren Bezirk oder außerhalb wohnte. Weil die Satzung keine Ausnahme für die Mitglieder mit Wohnsitz außerhalb des Kostenbezirks vorsieht, sind alle Erklärungen, die die Klägerin dem Beklagten über die Unterstützungsgewährung während der Dauer seines Wohnsitzes in Duisburg gemacht haben

will, ohne jede Rechtsminderung. Eine Beschränkung der Leistungen konnte sie hierdurch nicht herbeiführen. Darum kann auch kein Verschulden des Beklagten in der Beibehaltung des Wohnsitzes oder in Unterlassung der Unterbringung der Ehefrau in ein Düsseldorf'sches Krankenhaus erblickt werden.

Eine rechtliche Verpflichtung, den Wohnsitz innerhalb des Hofensbezirks zu verlegen, bestand für den Beklagten auch dann nicht, nachdem die Klägerin ihn vor die Wahl gestellt hatte, entweder die Arbeit niederzulegen, oder nach Düsseldorf zu ziehen, da die Kasse für Ertränkungen außerhalb des Bezirks nicht aufkomme.

Der feste Rabatt der Konsumvereine ist nicht steuerpflichtig. So hat in einer hiesigen Entscheidung für allemal geltend Entscheidung das Oberverwaltungsgericht als Höchstinstanz in einer Berufungskasse des Konsumvereins Neujahr und fest gestellt. Es führte aus: Die Rückvergütungen, welche die Mitglieder eines Konsumvereins als Rabatt oder Sparguthaben auf die von ihnen im Lauf eines Geschäftsjahrs entnommenen Waren erhalten, seines dann nicht zu den steuerpflichtigen Ueber schüssen zu rechnen, wenn sie einen Kundengewinn im eigentlichen Sinne darstellen, d. h. von vorn herein der freien Verfügung des Vereins entzogen seien und eine Schuld des Vereins an die Waren abnehmer aus den zwischen beiden geschlossenen Kaufverträgen auf Erstattung der bei der Entnahme jubel gezahlten Kaufgelder bilden. Der Kundengewinn im eigentlichen Sinne habe demnach wirkliche Käufe voraus. Notwendiges begriffliches Merkmal des Kaufes sei aber, daß der Preis im Augenblick des Vertragschlusses feststeht oder wenigstens durch Umstände bestimmt ist, die ihn bestimmbar machen und damit der Willkür des einen oder anderen der vertragsschließenden Teile von vornherein entziehen. Die Festlegung eines der Willkür der Generalversammlung von vornherein entzogenen Sparrabatts könne aber nicht nur durch die Satzung erfolgen, sondern auch durch Beschluß eines Genossenschaftsorgans oder durch Vertrag zwischen Genossenschaft und Mitglied.

Die Wirkungen des Stellenvermittlergesetzes in Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern werden auf Grund eines bedeutenden Zahlenmaterials vom Beigeordneten Dr. Most beleuchtet. Er ist der Meinung, daß der Gesetzgeber mit dem Ergebnis zufrieden sein kann, da die Zahl der gewerbsmäßigen Stellenvermittler im Jahre 1911 in den behandelten Städten um rund ein Sechstel gegenüber dem Jahre 1910 gefallen ist. Damals wurden noch 3243 gewerbsmäßige Vermittler festgestellt, 1911 dagegen nur 3029, wobei berücksichtigt werden muß, daß Hamburg zu der diesjährigen Ge-

samtzahl der gewerbsmäßigen Vermittler im Gegenjahre zum Vorjahr, wo es keine Angaben machte, 339 beitrug. Unter Ausdehnung dieses und aller anderen die Vergleichbarkeit der Summe störenden Momente ergibt sich ein Rückgang der gewerbsmäßigen Gesindevermittler und Stellenvermittler von 532.

Allerdings wäre es verkehrt, nun daraus den Schluß zu ziehen, daß die private Stellenvermittlung in demselben Maße zurückgegangen sei. Es steht nämlich fest, daß bei den weitestbestehenden Betrieben teilweise eine Steigerung der Vermittlungstätigkeit erfolgt ist. Trotz allem aber bleibt das Ergebnis ein günstiges.

Arbeiter-Unfallentschädigung in Viktoria. Dem Parlament des australischen Staates Viktoria ist ein Gesetzentwurf betreffend die Unfallentschädigung vorgelegt worden, der sich auf der Beitragspflicht der Arbeitgeber und der Arbeiter mit einem Zuschuß des Staates aufbaut. Die Arbeitgeber haben drei Sechstel, die Arbeiter zwei Sechstel der erforderlichen Summen zu leisten, der Staat zahlt das restliche Sechstel. Ein staatlicher Versicherungsfonds wird geschaffen, dessen Leiter an die Arbeitgeber Polizen ausgibt. Bei einem tödlichen Unfall ist vorgeschrieben, den Angehörigen den dreifachen Jahreslohn, aber mindestens 200 Pf. Sterl. (Mk. 4000) und höchstens 400 Pf. Sterl. (Mk. 8000) zu zahlen. Wenn Angehörige nicht vorhanden sind, werden ärztliche und Begräbniskosten bis zu 20 Pf. Sterling (Mk. 400) gezahlt. Bei Arbeitsunfähigkeit eines Unfallverletzten erfolgt eine Unterstützungszahlung in Höhe der Hälfte des bisherigen Arbeitslohnes, aber nicht mehr als 1 Pf. Sterl. (Mk. 20) wöchentlich, bis eine Maximalsumme von 400 Pf. Sterl. (8000 Mk.) erreicht ist. Besondere Vorschriften sind für Personen unter 21 und über 60 Jahren ausgearbeitet.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (h. D.). Während der Sommermonate fallen die Sitzungen aus. Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr zwanglose Zusammenkunft im B. r. n. d. h. a. u. s. Gewerksvereins-Liedertafel (h. D.) 3 den Donnerstag, abds. 9-11 Uhr Uebersichtsstunde i. Verbandsgebäude d. Deutschen Gewerksvereine (Ordn.-Saal) Gäste wils. - Sonabend, 9. August. Maschinenbau- und Metallarbeiter 1. Abends 8 1/2 Uhr, bei Untz i. Bergstraße 69. Beschlusfassung über: „Wie fahrt es mit der kombinierten Kasse“. Regulatorporto. Jahr. Erscheinene erwünscht. - Maschinenbau- und Metallarbeiter II. Abends 8 1/2 Uhr Fruchtstraße 36a. Mitteilungen. Monatsbericht. Besprechung über die Erhöhung d. S. o. l. a. u. s. f. a. g. s. - Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Abends 8-10 Uhr Jablab im Nordwestpassio, Pitt-Moabit 55-56 - Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Abends 8 1/2 Uhr Generalvers. Gerichtstr. 71. Protokoll. Monatsbericht. Erhöhung des Sozialzuschlags. Werkstattdangeleg.

Abrechnung der Billets vom Sommerfest. - Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Abds. 8 1/2 Uhr Beschlusfassung über Erhöhung des Sozialzuschlags. Wahl des 2. Vorsitzenden und B. st. i. g. r.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter. Sitzung im Kurpark Gesellschaftshaus, Bremen, Reilmstraße. - Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Honstein, Sandwerfer 42. - Dessau. Gewerksvereins-Liedertafel jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr Uebersicht. i. Vereinsl. „Kasson“, Marktstr. - Elberfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämpfer, Elberfeld, Luisenstr. und Erdolunstr. 47c. - Essen (Ortsv.). Sonntag, 17. August, vorm. 10 Uhr außerord. Ortsverbandvers. i. Verbandsb. Frohnhauserstr. 53. - Frankfurt a. O. (Gewerksvereinsangehör.). Jeden Freitag von 8-10 Uhr Uebersichtsstunde im Vereinslokal, Mischstr. 15. Verbandskollegen herzgl. willkommen. - Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreterversammlung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 7-9 Uhr, Distriktsklub im Lokal von C. Simon, Alter Markt. - Haaren b. Mägen. Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr Distriktsklub bei Lubwig. - Hamburg (Ortsverband). Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Bichhof“, Lagerstraße 2. Distriktsklub. - Hamburg (Gewerksvereins-Liedertafel). Jeden Donnerstag Uebersicht. b. Thüner in Altona, Gimbsbütteler 49-50. - Herne (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Dr. Wils. Rube, Bahnhöfstr. gegenüb. der evang. Kirche. - Krefeld. Distriktsklub jeden 2. Mittwoch bei Hüffe. - Köln (Ortsverb.). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung in der K. u. G. Uebersicht. Kreuzgasse. - Leipzig (Gewerksvereins-Liedertafel). Die Uebersichtsstunden finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. - Mülheim a. Ruhr. Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr, Vertreter. Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 38. - Stettin (Sängerchor d. Gewerksvereine). Die Uebersichtsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich wils. - Stettin (Ortsverb.). Distriktsklub. Sitzung jed. Montag, abds. 9 Uhr b. Rebel u. Donnerstag b. Winter i. Bredow. - Tegel (Distriktsklub für Tegel, Köpenick u. Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schillerstraße 28, Ecke Schönbergstraße. - Thora (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Mauerstr. 62. - Weissenfels a. S. (Gesangverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerksvereine). Uebersichtsstunden jed. Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Klostergarten“. Gesangliebende Gewerksvereinskollegen stets willkommen. - Weissenfels (Ortsverband). Jeden 1. Sonnabend im Monat Distriktsklub in Hermanns Garten. - Worms (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Mehental“.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Ausbach (Holzsch.). G. Köhle, Schriftführer, Büttnerstr. 6 I. Berlin I (Mosk. u. Metallarb.). Rob. Ripke, Schriftführer, Berlin W. 30, Rollendorferstr. 7 b. II I.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Begräbniskasse

des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

(Begründet 1878.)

Nach Genehmigung durch das Kaiserliche Aufsichtsamt können auch die männlichen Mitglieder der uns angehörenden Gewerksvereine, sowie deren Ehefrauen, Söhne und Töchter, Brüder und Schwestern ohne ärztliche Untersuchung eine Begräbniskassengeloveicherung von 100-500 Mark abschließen.

Nachversicherung bis zum Höchstbetrage ist für die jetzigen Mitglieder der Begräbniskasse bis zum 45. Jahre zulässig.

Mäßige Preise. - Garantierte Versicherungssumme. Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre.

Männliche Mitglieder über 45 Jahre, welche das 60. Lebensjahr noch nicht überschritten haben und sich in den ersten 3 Monaten, also bis zum 31. Oktober, zur Aufnahme melden, können in die niedrigste Stufe (100 Mk.) bei einem wöchentlichen Beitrag von 18 Pfg. aufgenommen werden.

Prospette, Antragsformulare etc. bei allen Ortsvereinskassieren oder auf Verlangen kostenfrei von unserer Geschäftsstelle Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-223.

Der Vorstand der Begräbniskasse des Verbandes. H. Müller, Vorsitzender. H. Klein, Hauptkassierer.

Pr.-Stargard (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 0,50 Mk. bei dem Ortsverbandskassierer L. Herrmann, Markt 32.

Preslau (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer Friedrich Munder, Sternstr. 58.

Cottbus (Ortsverband). Unsere Herberge befindet sich im Gasthof „Zum preussischen Hof“, Taubenstraße 19, in der Nähe des Bahnhofs. Durchreisende Kollegen erhalten Herbergskarten bei den Ortsvereinskassierern und für den Ortsverband bei Kollegen Reinhold Prunzel, Gartenstr. 1.

Waldenburg-Altwasser (Ortsverband). An Durchreisende Unterstützungsmark in Altwasser bei Rudolf, Treiburgerstr. 29, und in Waldenburg bei Empe, Gottesbergerstr. 8. Bezirgen in Altwasser: Gasthof „Schwartz Adler“, in Waldenburg: Herberge „Zur Heimat“.

Sera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerksvereinskollegen wird ausgezahlt bei Schmeider, Bahnhofstr. 62.

Potsdam (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Freiburg i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten bei Ortsverbandskassierer ausgezahlt falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Ernst Werber, Sandbühnerstr. 85.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 Mk. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin Bollwerk 22 im Laden. Die Herbergsheberge befindet sich Elisabethstraße 49 (Sägers Gattwirtschaft).

Magdeburg (Bauhandwerker). 75 Pfennig im Bureau, Rathausstrasse 2/8 II.

Hamburg-Altona. Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten für 2 Tage Unterstützungskarten. Karten sind bei den Ortsvereinskassierern oder bei dem Ortsverbandskassierer E. Schulz, Hamburg, Königstr. 36 III erhältlich.

Sür jeden

freibiamen Gewerksvereiner

find folgende sechs erschienene Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandstage gehaltenen Vorträge, für die Verarbeitung unentbehrlich:

Tätigkeitsbericht für die Jahre 1910 bis 1912, erhalten vom Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt;

Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie, von W. Gleichauf;

Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis, von M. Schumacher.

Das Stück kostet 10 Pfg.; 10 Stück 80 Pfg.; 50 Stück 1,50 Mk. und 50 Stück 3,75 Mk. bei portofreier Zusendung. Die Bestellung ist unter Beifügung des Betragsg. an den Verbandskassierer Rud. Klein, Berlin NO. 55., Greifswalderstr. 221 223, zu richten.